

ZURÜCK

Abonnieren

ANMELDEN



Ressorts anzeigen



Meinung & Debatte - Seite 18, Artikel 3/3



TRIBÜNE

Subventionen als fragwürdige Lockvögel

Gastkommentar

von René Weiersmüller

Subventionen sind als Beihilfen für Investitionen gedacht, welche der Allgemeinheit zugutekommen und die der Einzelne allein nicht stemmen kann. Immer öfter werden Subventionen jedoch als Druckmittel eingesetzt: Der Staat nimmt dem Bürger Geld ab – die Rückzahlung an Teile der Bevölkerung wird jedoch an Bedingungen geknüpft. Lenkungsabgaben sollen dagegen das Benutzerverhalten des Einzelnen beeinflussen. Der Sparsame oder derjenige, welcher auf Alternativen setzt oder setzen kann, bekommt mehr zurück, als ihm genommen wurde. Bei der öffentlichen Hand, dem Militär, Dienstleistungsbetrieben, KMU, Spitälern usw. sowie bedingt im Mehrfamilienhaus kann der Einzelne jedoch nichts ausrichten. Die zuweilen auch ungerechte Lenkungsabgabe erfüllt in solchen Fällen nicht den eigentlichen Zweck.

Das Hauptanliegen der Subventionen – auch solcher, die aus Lenkungsabgaben generiert werden – ist fast immer die scheinbare Verbilligung einer unwirtschaftlichen, unzuweckmässigen und/oder hohe Folgekosten verursachenden Massnahme. Sonst wären Zuschüsse ja unnötig. Da aber für diese Gelder die Subventionsempfänger aufkommen müssen, subventionieren sich diese im Prinzip selbst. Eine über den Placeboeffekt hinausgehende Wirkung auf die Wirtschaftlichkeit wäre folglich gleich null, würde sich nicht noch der Staat dieses Kreislaufs von Nehmen und Geben bedienen. Subventionierungen sind nämlich als Einkommen zu versteuern, was in den Rentabilitätsüberlegungen oft vergessen geht. Abgaben wie beispielsweise die CO₂-Abgabe (oder der Netzzuschlag) werden zudem mit der Mehrwertsteuer belastet, diese aber entgegen den seinerzeitigen Beteuerungen einer vollständigen Rückzahlung vom Staat einbehalten. Zurzeit sind das jährlich rund 100 Millionen Franken.

Mit wie hohen Folgekosten zu rechnen ist, lässt sich am Beispiel des derzeit mit hohen Subventionen forcierten Ersatzes von Öl- und Gasheizungen durch elektrisch angetriebene Wärmepumpen zeigen: Viele Altbauten sind für Wärmepumpen ungeeignet, was flankierende Massnahmen erfordert. Eine davon, die Wärmedämmung der Gebäudehülle, ist trotz Subventionen extrem unwirtschaftlich. Der Dumme ist dann vor allem der Mieter, stehen doch seine Heizkosteneinsparungen in keinem Verhältnis zum Mietzinsaufschlag als Folge der Sanierung. Fragwürdig ist auch, dass der Vermieter die bezogenen Subventionen als Einkommen versteuern muss, obschon er diese zwingend an seine Mieter weitergeben muss. Dem Bundesgericht ist das egal.

Die zunehmende Verbreitung der Wärmepumpe bewirkt ferner eine Strommangellage im Winter, welche – Stand heute – kaum mit Solarstrom behebbare ist. Es bleiben der Import von «dreckigem» Strom (aus AKW oder Kohle) oder eigene, CO₂ ausstossende Gaskraftwerke. So oder so wird der Strompreis massiv steigen, auch wegen der zunehmenden Elektromobilität, und der herausgestrichene Vorteil tiefer Betriebskosten wird hinfällig, ebenso wie das eigentliche Ziel einer CO₂-freien Heizanlage. Unklar ist überdies, wie das Stromnetz den Wärmepumpen-Boom bewältigen wird. Um solche Sachzwänge zu verschleiern, wird auf Zeitdruck gemacht. Selbst wenn die ganze Schweiz ab morgen kein CO₂ mehr ausstiesse, nähmen Gletscher und Permafrost gleichwohl ungebremst ab. Denn die Musik spielt nicht in der Schweiz, sondern noch jahrzehntelang in den USA, in China, Indien usw. Insofern ist die jetzige Hektik verfehlt, und wir haben genug Zeit für eine ausgegorene Klimastrategie – zumal sich das Problem mit dem Ersatz von energieverworschleudernden Altbauten durch genügsamere Neubauten langfristig teilweise von selbst löst.

René Weiersmüller ist unabhängiger Chemiker und beschäftigt sich im Energie- und Umweltbereich.